

Kommentar
zur 24. o. MV des VDS

Sozialistische Front

ZEITSCHRIFT DES SHB/SOZIALISTISCHE FRAKTION

2. JAHRGANG NR. 3



**Ostverträge
statt Klassenkampf?**

INHALT:

Ostverträge statt Klassenkampf?.....	3
Zur 24.o. MV des VDS.....	7
Spartakus und VDS.....	12

SOZIALISTISCHE FRONT

Zeitschrift des SHB/SOZIALISTISCHE FRAKTION

HERAUSGEBER: TH Aachen, Uni Bochum, PH Bremen, Uni Bremen, PH Dortmund, Uni Frankfurt, Uni Freiburg, Uni Gießen, Uni Göttingen, TH Hannover, PH Heidelberg, Uni Heidelberg, Uni Kaiserslautern, Uni Kassel, Uni Kiel, Uni Mannheim, Uni Marburg, Uni Mainz, Uni München, PH Oldenburg, FHS Siegen, Uni Tübingen, PH Weingarten

VERLAG: G Frankfurt, Jügelstr.1 DRUCK: Eigendruck AUFLAGE: 2500 Ex.

Ostverträge statt Klassenkampf?

Seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 und des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 rückten die Auseinandersetzungen um die Ostverträge immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussion in der BRD. Besonders im Vorfeld der Landtagswahl in Baden-Württemberg und den Ratifikationsabstimmungen im deutschen Bundestag werden die Verträge zum Zentrum der innerpolitischen Diskussion, verschärft noch durch die Übertritte von SPD- Abgeordneten zur CDU, wodurch ein Sturz der gegenwärtigen Bundesregierung in den Bereich des aktuell Möglichen gerückt ist.

Die Kontroverse um die Verträge läuft nicht zwischen "Friedensfreunden" und "Ewig-Gestrigen", auch nicht zwischen "Fortschrittlichen" und "nicht-fortschrittlichen Kapitalfraktionen", und deshalb kann die Frage, wie sich Sozialisten zu den Verträgen stellen, nicht auf die (Schein-)Alternative zugespitzt werden: Für die Verträge = für den Frieden gegen die Verträge = für den Krieg. In den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der Ostverträge haben die Sozialisten nicht die Aufgabe, dem Schein der Kontroverse zwischen SPD und CDU aufzusitzen und diesen Schein dann "links" zu interpretieren; die Sozialisten dürfen auch keine Illusionen propagieren (etwa " Ostverträge sichern die Arbeitsplätze "), sondern haben zuerst einmal die Pflicht, vom Schein zum Wesen der Auseinandersetzungen um die Ostpolitik vorzudringen. Sozialisten sagen, was ist, nicht, was scheint!

Hierzu muß von der weltpolitischen Konstellation ausgegangen werden, in der sich die Ostpolitik entwickelt hat. Die USA als führende Macht des imperialistischen Blocks sieht sich angesichts des militärischen Potentials der UdSSR auf längere Zeit hinaus nicht in der Lage, die "roll-back-Strategie" militärisch durchzuführen. Dementsprechend wird auch die Außenpolitik gestaltet: da die Anwendung von militärischer Gewalt gegenüber dem Warschauer Pakt (und auch der VR China) nicht aktuell möglich, wird auch die Drohung mit Gewalt dysfunktional. Deshalb wird - unter Beibehaltung des eigenen militärischen Potentials - die aktuelle Konfrontation abgebaut, in der Hoffnung, daß sich bei Nachlassen des äußeren Drucks das Lager der nachkapitalistischen Staaten zersetzen wird. Gleichzeitig versuchen die USA freilich, den eigenen Block aufrechtzuerhalten. Die UdSSR setzt bei der Entspannungspolitik ihrerseits auf die internen Differenzen im imperialistischen Bereich, die beim Nachlassen der Konfrontation stärker hervortreten.

Besondere Bedeutung hat für die UdSSR die Entfaltung der Widersprüche zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten. Längere Zeit unterstützte die UdSSR die Außenpolitik Frankreichs, das sich zu Zeiten De Gaulles bemühte, als Nationalstaat eine von den USA unabhängige Politik zu entwickeln, was sich im de-facto- Austritt Frankreichs aus der NATO äußerte. De Gaulles Politik war auch insofern für die Sowjetunion sinnvoll, als sie sich gegen die Integration des kapitalistischen Europa wandte, doch scheiterte die französische Europapolitik, denn zum einen waren die ökonomischen Potenzen Frankreichs zu schwach, um den USA in etwa gewachsen zu sein, zum anderen konnte Paris seine führende Rolle in Westeuropa gegen die BRD nicht behaupten. Als auch der UdSSR deutlich wurde, daß die Notwendigkeit der kapitalistischen Ökonomie, die EWG, mit diplomatischen Mitteln nicht auszudrücken war, wurde der Schwenk der französischen Europa-Politik, die jetzt die EWG gegen die USA ins Feld führen will, in Moskau nachvollzogen. Äußerungen führender Politiker der Sowjetunion aus der jüngsten Zeit deuten daraufhin, daß die UdSSR beginnt, die Entwicklung der EWG als Möglichkeit der Aufweichung des imperialistischen Lagers zu nutzen.

Aus der Sicht der UdSSR hat der Moskauer Vertrag die Funktion, die Hauptstütze der USA in Europa, die BRD, in diese Politik mit einzubeziehen. Mit dem Warschauer Vertrag soll die Situation genutzt werden, in der die USA aktuell nicht bereit sind, die Gebietsforderungen der BRD zu unterstützen; hat die BRD erst einmal die Oder-Neiße-Linie akzeptiert, so ist zu einer Rückkehr der alten Politik des " Deutschland in den Grenzen von 1937 " soweit vorgebaut, wie es mit diplomatischen Mitteln möglich ist. Mit dem Berlin- Abkommen soll der Prozeß des Abbaus der direkten Konfrontation beschleunigt werden, und damit wird eine Lockerung der Beziehungen der BRD zu den USA zwar nicht bewirkt, aber doch ermöglicht. Bei dem Berlin- Abkommen gibt die UdSSR bzw. die DDR nichts auf, da sich an den realen Verhältnissen nichts ändert, denn die Zufahrtswege bleiben unter Kontrolle dieser Staaten. Die Taktik der UdSSR, die Differenzen im Lager des Imperialismus mit diplomatischen Mitteln in der Entwicklung zu fördern, ist solange als Außenpolitik korrekt, wie sie nicht dem Wortgeklingel ihrer eigenen " Friedenspolitik " Glauben schenkt. Diesen Fehler begeht die Sowjetunion offensichtlich nicht, denn sie hält die realen Garantien ihrer Sicherheit, die Rote Armee und den Warschauer Pakt, aufrecht!

Die Führungsmacht des Warschauer Paktes betreibt also eine Außenpolitik, die ihren Interessen entspricht; und da eine Veränderung der inneren Verhältnisse der Sowjetunion dadurch bewirkt wird, daß der Zusammenhalt der imperialistischen Staaten durch eine Verhinderung der russischen Aufweichungspolitik gestärkt wird, kann kein Sozialist seine Ablehnung der Ostverträge mit den wirklichen Interessen der UdSSR und den an ihr orientierten Staaten begründen.

Bekanntlich hält der SHB/ SF die Staaten, des " Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) " für Staaten, die zwar den Kapitalismus überwunden haben, ohne jedoch sozialistische Produktionsverhältnisse zu haben. Diese Bestimmung, die in der " Sozialistischen Front " Nr. 2 entwickelt worden ist, wird in dem Begriff der " nachkapitalistischen Staaten " zusammengefaßt. Diese Staaten befinden sich jedoch in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Imperialismus, der auch mehrfach Versuche zur Liquidation dieser Staaten, vor allem der UdSSR, unternommen hat. Deshalb meint der SHB/SF, daß die UdSSR konsequent ihre Interessen vertritt und gleichzeitig den Imperialismus in Westeuropa schwächt. Selbst wenn die RGW-Staaten sozialistische wären, könnten sie als Staaten durch ihre Außenpolitik den Imperialismus in Westeuropa nicht effektiver schwächen.

Die Politik der UdSSR gegenüber der BRD ist folgerichtig - doch daraus kann keineswegs geschlossen werden, daß es die Aufgabe von Sozialisten wäre, die Außenpolitik der UdSSR zu propagieren. "Gleichheitszeichen zu setzen zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der Sowjetdiplomatie ist erstens zum Schaden des Sowjetstaates selbst und zweitens eine Irreführung und ein Mißbrauch der internationalen Arbeiterklasse. Es ist ein Bruch mit den Prinzipien des Klassenkampfes". Diese Aussage August Thalheimers (in : Die Potsdamer Beschlüsse, 1946) ist noch immer gültig; was geschieht, wenn man sie ignoriert, zeigt die Propaganda der DKP. Wenn der Artikel I des Moskauer Vertrages lautet : " Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen. " so ist das eine Floskel, die sich von den außenpolitischen Interessen der UdSSR her rechtfertigen läßt! Eine solche Formulierung jedoch inhaltlich ernstzunehmen und zur Grundlage der Propaganda zu machen, ist schlichter Unsinn, die BRD hat diesen Vertrag nicht " in dem Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen " (Präambel des Vertrags) geschlossen, sondern aus Motiven imperialistischer Politik! Alles Gerede vom " Geist der Ostverträge, der durch diese oder jene Maßnahmen verletzt wird " ist nichts als gefährliche Illusionsmalerei!

Um solche Fehler zu vermeiden, muß herausgearbeitet werden, wie sich die Ostpolitik der SPD/ FDP-Bundesregierung innerhalb des oben genannten internatio-

alen Bedingungsgefüge entwickelt hat. Materialistischer Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist die Situation des westdeutschen Kapitalismus, der sich seit Ende der Rekonstruktionsperiode zunehmend mit Problemen konfrontiert sah, die, sollten sie systemstabilisierend gewendet werden, Reformen notwendig machen; hier sei nur an die Bildungspolitik und die Strukturpolitik (Ruhrbergbau, Verkehr, Städtebau) erinnert. Bis dahin war der Antikommunismus die Staatsreligion der BRD; mit Hilfe des Antikommunismus setzte die Bourgeoisie " die bürgerliche Reform auf die gleiche Stufe mit der proletarischen Revolution " (Marx) Kern des Antikommunismus ist der Haß der Bourgeoisie auf die Kommunisten, die Avantgarde der proletarischen Revolution. " Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter-treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder. " (Kommunistisches Manifest, MEW 4, Seite 474) Als solche wurden Revolutionäre verfolgt, lange ehe es organisierte kommunistische Parteien gab ; mit Gründung der Kommunistischen Internationale setzte eine Identifizierung der realen Kommunisten mit den Mitgliedern der Kommunistischen Internationale ein, später wurde, nicht zuletzt aufgrund der Propaganda der Kommunistischen Internationale, die Zustände in der UdSSR und ihre Politik mit Kommunismus gleichgesetzt. Die Verfolgung beschränkte sich aber nie auf KP-Mitglieder, sondern erfasste alles, was der Bourgeoisie im Wege stand ; im Laufe der Nachkriegsentwicklung wurde auch immer mehr der sozialdemokratische Reformismus mit dem " Antikommunismus " - Verdikt belegt (" Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau " CDU- Wahlpropaganda gegen die SPD), schließlich galt in der Propaganda jede Reform, auch die zutiefst bürgerliche, als umstürzlerisch, als " kommunistisch ". Die Erscheinungsformen der Entwicklung in der DDR wurde von den Herrschenden mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus gleichgesetzt, was dem Antikommunismus lange Zeit eine Massenbasis auch im Proletariat sicherte ; durch diese Ideologie wurde der gesellschaftliche Status in der BRD gesichert, aber es wurde zugleich auch jene Reform, mit der der Überbau den Entwicklungen des Kapitalismus angepasst werden soll, unmöglich gemacht. Als die Reformbedürfnisse des westdeutschen Kapitalismus nicht mehr zu verschleiern waren, war der Antikommunismus der fünfziger Jahre objektiv dysfunktional geworden. Aus dieser Ideologie mußte die " bürgerliche Reform " herausgenommen werden, ohne daß der Antikommunismus als anti-revolutionäre Waffe unbrauchbar wurde. In dieser Situation entwickelte sich 1965/66 innerhalb der SPD eine Strömung, die versuchte, dem Antikommunismus entgegenzutreten, der die SPD seit 1945 prägte. 1966 forderte der SPD-Bezirk Schleswig-Holstein die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, 1967 erlangten diese Forderungen erstmals eine Mehrheit bei den Jungsozialisten, auf dem Nürnberger Parteitag standen beide Forderungen zur Diskussion, wurden aber abge-

lehnt. Die "Anerkennungspartei" umfaßte auch die damals gerade entstehende "APO"; man sah damals die Chance, einen Teilaspekt des Antikommunismus, die Ideologie der "Bedrohung aus dem Osten", anzugreifen. Ein Teil der "Anerkennung" wollte nur die bürgerliche Reform ermöglichen, ein anderer Teil erkannte im außenpolitischen Bereich die schwächste Stelle des Antikommunismus. Allerdings war es schon damals eine gewaltige Selbsttäuschung zu glauben, mit einer "Neuen Ostpolitik" den ganzen Antikommunismus treffen zu können; alle "staatstragenden" Parteien blieben sich - unabhängig von ihrer Stellung zur Ostpolitik - darin einig, revolutionäre Entwicklungen bzw. das, was man dafür hielt, mit Entschiedenheit zu unterdrücken.

Je mehr die SPD von ihrer Politik abkam, sich an die CDU auch taktisch anzupassen, und sich als Reformpartei des Kapitalismus zu profilieren suchte, desto schneller wurden die Forderungen nach einer "Verständigung mit dem Osten" übernommen, um sich einerseits der Taktik der neuen US-Außenpolitik anzupassen, zum anderen um das innenpolitische Klima für "Innere Reformen" zu schaffen, für Reformen des Kapitalismus - hier findet der von der SPD angestrebte Abbau seine Grenze! (Wenn hierbei von der SPD geschrieben wird, ist damit die offizielle Linie gemeint; die sozialistischen Teile der Partei sind hierbei ausdrücklich ausgenommen!) Der SPD ging und geht es darum, das aufzuheben, was Marx die Gleichsetzung von bürgerlicher Reform und proletarischer Revolution genannt hat. Ihre Politik zeigt klar, daß sich die SPD mit aller Kraft gegen revolutionäre Tendenzen wendet, (Notstandsgesetze, Baader-Meinhof-Hatz, Bundeswehreffektivierung, Berufsverbot, Hochschulpolitik...). Diese Politik des "Friedenskanzlers" ist unteilbar: der Brandt der Ostverträge kann nicht gegen den des Berufsverbotes ausgespielt werden! Diejenigen, die den "Geist der Verträge" gegen Mobilisierungsübungen zu aktivieren suchen, sind Polit-Spiritisten und machen Illusionspolitik. Weil die Ostpolitik gemacht wird, um diesen westdeutschen Kapitalismus zu stabilisieren, ist es theoretisch falsch und politisch gefährlich zu behaupten, die Verträge sichern die Arbeitsplätze, denn die Krisen, die die Arbeitsplätze gefährden, können nicht durch Verträge beseitigt werden. Mit einer solchen Propaganda, die der Außenpolitik der UdSSR bestenfalls kurzfristig zu nutzen vermag, ist der Boden sozialistischer Politik verlassen, mit der Propagierung des "Geistes der Verträge", mit der die SPD zu einer anti-kapitalistischen Politik überredet werden soll, begibt man sich auf das Gebiet der Illusionsmacherei: wer Illusionen propagiert, propagiert die Niederlage der Arbeiterklasse!

Die Politik der "Inneren Reformen" ist nicht deshalb gescheitert, weil die SPD zunehmend den "Geist der Verträge" verriet (der Geist, in dem die SPD die Verträge unterstützt, ist durchaus noch aktiv; es ist der Geist einer Variante der Politik des Kapitals) oder weil sie unter den Druck des "Rechtskartells" geriet, wie uns

der Illusionsflügel des SHB erzählen will, sondern weil die SPD genau das unterlassen hat, was der SHB/SF in der "Sozialistischen Front" Nr. 1 als Bedingung einer Reform des Kapitalismus analysiert hat: "jede ans Strukturelle gehende Reform, sei sie auch noch so systemstabilisierend gemeint, bedarf einer aktiven Massenunterstützung. Und weil die SPD genau weiß, daß es sehr schwierig ist, die einmal Mobilisierten wieder abzuspeisen, hat sie die Mobilisierung unterlassen. Genau das wiederholt sich bei den Ostverträgen, denn die SPD wird es nicht riskieren, "die Betriebe mobil zu machen"! Bisher hat die SPD ihre Aufgabe darin gesehen, "Ruhe und Ordnung" in den Betrieben zu stärken, wobei sie sowohl über ihre eigenen Betriebsgruppen als auch über ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsapparate Einfluß genommen hat. Wollte sie nun mobilisieren, müßte sie viele ihrer ideologischen "Ruhe-und-Ordnungs"-Dämme einreißen, und sie müßte ganz bewußt Politik in die Betriebe tragen. Dabei würde sich dann erweisen, daß das BVG mit seinem Verbot politischer Betätigung gegen eine aktive Belegschaft nichts ausrichten kann; daß die Arbeiter und Angestellten solche Erfahrungen sammeln könnten, steht die Intention der SPD entgegen, nach der Ratifizierung wieder zum "Betriebsfrieden" zurückzukehren. In den von der SPD mobilisierten Betrieben wäre es leicht möglich, daß die Arbeiter und Angestellten nicht bei Ratifizierungsparolen stehenbleiben und Forderungen auf anderen Gebieten vertreten. Selbst wenn die SPD die Sache bei diesem Mal noch kontrollieren könnte, würde ihr das durch eine erfolgreiche Aktion gestiegene Selbstbewußtsein bei den nächsten Tarifrunden schwer zu schaffen machen. Zudem bedeutet jede Massenaktivität eine Chance für die - wie sie offiziell heißen - "Radikalen von links", besonders für die DKP; um ihren Kredit bei der Bourgeoisie zu erhalten, wird die SPD sich mit dem "Mobilisieren der Betriebe" zurückhalten. Dagegen kommt der SPD eine öffentliche Diskussion, wie sie zur Zeit in der BRD geführt wird, nicht ungelegen, weil sie hier nicht das Risiko einer Mobilisierung eingehen muß. Die SPD sucht sich in diesem Streit als "Friedenspartei" und als "fortschrittlich" zu profilieren, und der mit viel Getöse im Fernsehen ausgetragene Streit läßt die Differenzen als prinzipielle erscheinen. Da im Bewußtsein der großen Mehrheit der Arbeiter und von Teilen der Angestellten die CDU die Partei der "Unternehmer" ist, erscheint die SPD als ihre Partei, die ihre Interessen vertritt - die Konfrontation mit CDU/CSU soll die konzertierte Aktion, Konjunkturzuschlag, etc. vergessen machen.

Die Ostpolitik der SPD steht - wie die SPD immer wieder beteuert - im Einklang mit den Vorstellungen der U.A., Großbritannien und Frankreichs und steht im Dienste der Reform und Stärkung des Kapitalismus. Wieso aber die wütende Opposition der CDU? Der CDU geht es nicht um die "nationalen Interessen Deutschlands", wie sie oft und gern behauptet, sondern in erster Linie um den Sturz der SPD/FDP -

Regierung, und dazu versucht sie die SPD in den Augen der Bourgeoisie und den von ihr ideologisch beherrschten Schichten als "kommunistisch unterwandert" etc. zu diffamieren. Dabei ist die " Nationale Opposition " nur ein Mittel, um die parlamentarische Basis der SPD/ FDP - Koalition zu schwächen. Während sich die direkten Vertreter des Kapitals bei der Agitation gegen die Ostverträge noch zurückhalten (Nicht unbedingt des Osthandels wegen, denn der Außenhandel mit der UDSSR betrug 1971 2,8 Mrd. DM, soviel wie mit Luxemburg), wurden die Angriffe auf allen anderen Gebieten immer deutlicher. Wenn auch der Frankfurter Bankier v. Bethmann nicht die - objektiven - Interessen des Kapitals artikuliert, so bringt er in seinem Spiegel- Interview (Nr. 15/72) die Meinung der Kapitalisten zum Ausdruck, wenn er sagt : " Ich halte die sozialdemokratische Partei heute noch nicht für fähig, systemkonform brauchbare Reformen durchzuführen. " (S. 71/72). Der durch die Ostpolitik berührte Teil des Antikommunismus muß modifiziert wieder gestärkt werden, auch wenn vorläufig einige Reformen auf der Strecke bleiben : das ist der Kern der CDU- Politik, und hierin ist sie sich mit den Kapitalisten einig. Besonders seit die Jungsozialisten einige Erfolge bei der Besetzung von Parteiämtern erzielt haben, haben die Kapitalisten Zweifel an der Integrationsfähigkeit der SPD, und da die Reform des Kapitalismus der Kontrolle der Kapitalisten zu entgleiten droht, verzichten sie eher auf die Reform als auf die Kontrolle : sie sind ab an einem Sturz, zumindest aber an einer Schwächung der Regierung interessiert und enthalten sich daher jeder Unterstützung der Ostpolitik. (Personifiziert ist diese Taktik durch das FDP- MdB Kienbaum, der Vorbehalte gegen die Ostpolitik äußerte, um noch mehr Einfluß auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung zu gewinnen.)

Bei den Angriffen auf die Ostpolitik geht es real nicht um nationale Interessen Deutschlands, sondern um ein Manöver, das den direkten Einfluß der Kapitalisten auf die SPD/FDP- Regierung stärken soll, obwohl diese Regierung noch keinen Fingerbreit von den Interessen des Kapitals abgerückt ist. Wenn also Kapitalisten gegen die SPD auftreten, so zeigt das einmal mehr, daß die Interessen des Kapitals und das, was sich die Kapitalisten darunter vorstellen, nicht immer identisch sind. Die materielle Basis der BRD ist das Kapital, nicht die Kapitalisten - gegen Kapitalisten zu kämpfen, bedeutet lange nicht, das Kapital anzugreifen.

Nachdem nun gesagt ist, was ist, müssen Sozialisten ihre politische Stellung beziehen.

Außenpolitisch bedeutet die Ratifizierung eine Beschleunigung der Entspannung, die - so illusionär sie auch ist - den Kräften in den USA Auftrieb geben wird, die einen Abzug der US- Truppen aus West- Deutschland fordern. Trotz aller Bemühungen, die " Verteidigungsbereitschaft " der NATO aufrechtzuerhalten, würde der US- Abzug eine weitere Des-

Integration der NATO bedeuten und die Neoisolationisten in den USA stärken. Diese Tendenzen beschleunigen die Entwicklung der EWG, wodurch der Gegensatz EWG- USA zugespitzt wird, was eine Schwächung des Imperialismus bedeutet. Welche Bedeutung die An- oder Abwesenheit der US- Army in West- Deutschland für den Übergang zum Sozialismus hat, liegt für jeden auf der Hand, der keine Illusionen über einen " friedlichen Übergang " hegt ! Um die Desintegration der NATO zu beschleunigen, muß in der Propaganda die Europäische Sicherheitskonferenz gefordert werden! Um klazustellen, daß Sozialisten keine Vereinigung Deutschlands erstreben, solange nicht beide Teile Deutschlands sozialistisch sind, muß die Anerkennung der DDR gefordert werden.

Innenpolitisch ist mit der Frage der Ratifizierung die Frage nach der Existenz der gegenwärtigen Bundesregierung gestellt. Die SPD/FDP - Regierung ist aufgrund ihrer Reformkonzeption darauf angewiesen, eine Auferstehung der Restaurationsideologie der 50er Jahre zu verhindern; deshalb werden ihre Unterscheidungsmaßnahmen weiter weniger direkt sein als die einer CDU/CSU- Regierung, die einen Schritt zu einem " Starken Staat " wäre, in dem die bürgerliche Demokratie weiter abgebaut würde. Daran haben Sozialisten kein Interesse, denn eine Barzel- Strauß- Regierung würde die Arbeitsbedingungen für Sozialisten weiter verschlechtern.

Aus dem außenpolitischen und dem innenpolitischen Grund ist es für den SHB/SF notwendig, eine Kampagne zum Thema " Ostverträge ratifizieren " zu führen. Diese Kampagne bedeutet eine Unterstützung für einen Teil der Außenpolitik der UDSSR, die den Imperialismus schwächt, doch bleibt sie dabei nicht stehen, denn die Ratifizierung der Ostverträge ist kein Ersatz für eine Klassenpolitik. Um zu verhindern, daß die Ratifizierungskampagne, die sich gegen die " Nationale Opposition " richtet, mehr Wasser als unvermeidlich auf die Klassenversöhnungsmühlen der SPD leitet, muß der Mythos der " Friedenspolitik " zerstört werden. Die Verträge beruhen eben nicht auf dem Willen zum Frieden, sondern aus einer Situation der relativen Schwäche des Imperialismus, besonders seiner Führungsmacht, der USA. Nicht die Gewaltverzichtsverträge sichern den Frieden; Ursache für die Waffenruhe in Europa ist das Patt zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO. Dort, wo sich der Imperialismus einem starken Gegner gegenüber sieht, hat er nichts dagegen, sich das Mäntelchen des Friedfertigen umzuhängen; wo er sich stark fühlt, greift er besinnungslos an; das Vorgehen der USA in Lateinamerika zeigt den " Friedenswillen " des Imperialismus! Für ihn sind Friedensverträge taktische Maßnahmen : das Genfer Abkommen von 1954 zur Beilegung des Indochina- Krieges ist ein klassisches Beispiel. Hieran ist der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg deutlich zu machen. Um den Friedensillusionen entgegenzutreten, sagen wir,

daß erst der weltweite Sieg des Sozialismus den Frieden sichert. Und es darf nicht verschwiegen werden, daß dieser Sieg nicht durch diplomatische Manöver der UdSSR (oder der VRChina) bewirkt wird, sondern durch die internationale Arbeiterklasse.

Eine so angelegte Kampagne wird nicht wie die der DKP den Klassenkampf in den Dienst der Ostverträge stellen und damit desorientieren, sondern stellt die Ostverträge und die Auseinandersetzung um sie in den Dienst des Klassenkampfes!

DESHALB:

OSTVERTRÄGE RATIFIZIEREN!

. DDR ANERKENNEN!

US - TRUPPEN RAUS AUS DER BRD!

ERST DER WELTWEITE SIEG DES SOZIALISMUS

SICHERT DEN FRIEDEN!

Zur 24. o. MV des VDS...

Nach viertägiger Diskussion wurde die 24. o. MV des VDS am 12. März in Bonn ergebnislos abgebrochen. Lediglich ein Antrag zum Abbau demokratischer Rechte, den der AstA der Universität Heidelberg stellte, wurde mit Änderungsanträgen der Sozialistischen Fraktion des SHB und der JuSo-Asten Köln und Saarbrücken mit knapper Mehrheit angenommen.

Die Einheitsfront von MSB/Spartakus und SHB/Mehrheitsfraktion, die auf dieser Mitgliederversammlung klar in der Minderheit waren, verhinderte nach langen Geschäftsordnungsdebatten durch ihren Auszug jede weitere politische Diskussion, die Verabschiedung von Anträgen zum Hochschulrahmengesetz, zur Sozialpolitik und zum antiimperialistischen Kampf sowie die Wahl eines neuen Vorstands und Zentralrats.

Diese offene Liquidationspolitik des Spartakus und der SHB/MF, für die ein "starker" VDS nur ein von ihnen beherrschter VDS ist, fand den Beifall fast der gesamten westdeutschen Presse. In seltener Einmütigkeit diffamierten "UZ", "Frankfurter Rundschau" und "Die Welt" die Gruppen, die grundsätzliche Kritik an der bisherigen VDS-Politik übten, als "anti-gewerkschaftlich", als "anti-sowjetisch" und "Chaoten und Linkssektierer".

Der VDS nach der 23. o. MV: Spalterpolitik von Spartakus & Co.

Um aufzuzeigen, wieso es zu diesem Ablauf der 24. o. MV und zur klaren Ablehnung der Politik des bisherigen VDS-Vorstands und der ihn mehrheitlich tragenden Gruppen, Spartakus und SHB-MF

es notwendig ist, kurz auf die Entwicklung des VDS im letzten Jahr einzugehen.

Auf der 23. o. MV im März 71 in Bonn wurde mit eindeutiger Mehrheit ein Aktionsprogramm verabschiedet, das vom Spartakus und dem damals nach außen noch einheitlich auftretenden SHB eingebracht wurde. Dieses Aktionsprogramm, das gilt es klarzustellen, wurde auch damals erst nach langer Diskussion als Kompromiss, wenn auch schlechter, zwischen den beiden Fraktionen im SHB angenommen. Dieses Programm, das wir heute auch nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Politik des VDS-Vorstands für falsch halten, bestimmte nicht die Spartakus-Konzeption der "gewerkschaftlichen Orientierung" zur einzigen Grundlage für die Politik des VDS, der Asten und Fachschaften.

Der auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms gewählte Vorstand (ein Vertreter des Spartakus, zwei der SHB-Mehrheitsfraktion, einer der Sozialistischen Fraktion des SHB) stellte jedoch von Anfang an klar, daß das Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung und des anti-monopolistischen Kampfes allein Basis der VDS-Politik sein kann und schloss damit einen großen Teil der Asten von der VDS-Politik aus.

Spartakus und SHB-MF versuchten den VDS als "unabhängige Massenorganisation der Studenten" oder als "quasi-gewerkschaftliche Bündnisorganisation an den Hochschulen" zu verkaufen und griffen alle Asten, die die politischen Initiativen des VDS nicht aufnahmen, als Spalter des studentischen Kampfes an.

In der Praxis diente diese falsche Bestimmung Spartakus und SHB-MF dazu, seine Linie, die vom Zentralrat oder der Vorstandsmehrheit im VDS durchgesetzt wurde, den Studenten gegenüber als ihre eigene Linie, die Linie der Studentenschaft aus-

zugeben. Die politische Diskussion der verschiedenen Organisationen an den verschiedenen Hochschulen sollte damit unterbunden werden, daß der VDS-Beschluß verbindlich für alle Studentenschaften ausgegeben wurde. Wer dennoch die politische Diskussion führte, wurde als Spalter eines 'sonst einheitlichen' Kampfes bezeichnet. Tatsächlich wurde Spartakus damit selbst zum Spalter, indem er die administrative Durchsetzung seiner Politik anstrebte und z. T. durchsetzte und die breite ideologische Auseinandersetzung, die Bedingung gemeinsamer einheitlicher Aktionen ist, zu sabotieren versuchte.

So hat etwa der Zentralrat des VDS Aktionsprogramm und Parolen zum Kampf gegen das HRG und die Berufsverbote verabschiedet, die nicht von der Mehrheit der Stimmen in der MV getragen wurden. So veranstaltete Spartakus und SHB-MF an mehreren Hochschulorten der BRD "VDS" - Demonstrationen gegen das HRG, ohne die betreffenden Asten hinzuzuziehen, mit dem alleinigen Zweck,

die örtlichen Spartakus-Gruppen zu stärken. Gegen diese Politik, den VDS als scheinbar neutralen Deckmantel für die Politik einer Minderheitsfraktion im VDS zu benutzen, wandte sich die Mehrheit der Delegierten der 24. o. MV, indem sie die Mitglieder der Spartakus/SHB-MF-Fraktion im Vorstand nicht entlastete.

Die bönierte Machtpolitik des Spartakus und der SHB-MF, die auch sehr deutlich wurde in den Versuchen, den Vertreter der SHB-SF im VDS-Vorstand an der Teilnahme an Teach-ins zu hindern, weil der nicht auf dem Boden der gewerkschaftlichen Orientierung stehe, oder in der Ablehnung einer Kandidatin des SHB-SF zur Pressereferentin des VDS mit der Begründung, kein Vertreter der Sozialistischen Fraktion und der von ihr getragenen Asten sei in der Lage, die VDS-Politik zu vertreten, verhinderte ein breites Bündnis der im VDS zusammengeschlossenen Studentenschaften und schwächte die Aktionen etwa gegen das HRG und die Berufsverbote.

Der Ablauf der 24. o. MV

Bereits zu Beginn der MV wurde die Polarisierung der anwesenden Vertreter von 86 Mitgliedshochschulen in zwei Fraktionen deutlich. Die auf der gesamten MV als einheitlicher Block auftretenden Gruppen Spartakus und SHB-MF verfügten nur noch über ca. 35 - 40% der Stimmen. Ihnen gegenüber standen verschiedene sozialistische und kommunistische Gruppeneinheiten, die in allen Abstimmungen auf der MV eine Mehrheit der Stimmen hatten:

- SHB-Sozialistische Fraktion
- Kommunistische Gruppen (KSB-Göttingen, KSV-FFM, KHG/NRF-Heidelberg)
- Die bayrischen Asten, die von den Roten Zellen München angeführt wurden
- KSG/ML (Roter Pfeil) Tübingen
- Juso-Asten Köln und Saarbrücken

Daß Spartakus und SHB-MF bei der zu Beginn stattfindenden Wahl zum Präsidium und Ältestenrat niemals eine Mehrheit erreichen konnten, hinderte diese Gruppen jedoch nicht daran, weiterhin ihren Führungsanspruch im VDS zu ver-

treten und eine Mehrheit in diesen Gremien zu fordern. So verzögerten sie mit stundenlangen Geschäftsordnungsdebatten die Wahl eines Präsidiums, das mit 2/3 Mehrheit gewählt werden muß bis sie schließlich doch einen Vorschlag des SHB-SF zustimmen mußten.

Vorstandsbericht: SHB/MSB in der Klemme

Am nächsten Tag fand unter dem TOP "Rechenschaftsbericht des Vorstands" eine Grundsatzdiskussion über die bisherige VDS-Politik statt. Dabei wurde dem Vorstand von der Mehrheit der Gruppen und der anwesenden Delegierten vorgeworfen, unter dem Deckmantel der Vertretung "Studentischer Interessen" den VDS im letzten Jahr im Sinne des Spartakus instrumentalisiert zu haben, wobei die Mehrheit des VDS-Vorstands nicht davor zurückschreckte, zusammen mit örtlichen Spartakus-Gruppen gegen sozialistische, nicht-spartakistische Asten vorzugehen. Außerdem hatte die Mehrheit des bisherigen Vorstands den Bündnischarakter der VDS-Politik dadurch in Frage gestellt, daß sie diese Politik ausschließlich an der Spartakus-Konzeption der "gewerkschaftlichen Orientierung" ausgerichtet hatte und andere sozialistische Strategien im Hochschulbereich negierte oder bekämpfte.



"...Gott sei Dank, die NATO braucht nicht einzugreifen, Spartakus hat die Mehrheit."

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es über die Internationalismuspolitik des Vorstands. Im Mittelpunkt dieser Diskussionen stand das Verhalten der Vorstandsmehrheit anlässlich der Aktionen gegen die 2500-Jahrfeiern des faschistischen Schah-Regimes. Anlaß waren die erneut vorgebrachten Dif-

famierungen der CISNU durch Vertreter von Spartakus und SHB-MF. So wurde die nachweisliche Lüge wiederholt, die CISNU habe erklärt, es gehe bei den Aktionen darum, die Feiern in der BRD mit allen Mitteln zu verhindern, auch wenn dabei die BRD auf den Kopf gestellt werde. In einem mit eindeutiger Mehrheit angenommenen Beschluß distanzierte sich die MV von diesen Äußerungen, wie sie auch schriftlich zur Zentralratsitzung am 14.10.71 vom Vorstand festgestellt wurden, "in denen nicht nur der CISNU oder Vertreter von ihnen kriminelle Absichten unterschoben, sondern ebenfalls ausgedrückt wird, daß die Terrormaßnahmen des bürgerlichen Polizeiparates und SAVAK am 2.6.67 von den demonstrierenden Studenten provoziert und von ihnen selbst verschuldet seien. Die 24.0. MV des VDS rügt die bisherige Vorstandsmehrheit wegen ihres Verhaltens gegenüber der CISNU. Durch eine falsche Darstellung der Position des CISNU-Vertreters hat sie dem bürgerlichen Staat in die Hände gearbeitet und den Boden der Solidarität verlassen." (Beschluß der 24.0. MV mit 197 gegen 151 Stimmen angenommen).

Nichtentlastung der Vorstandsmehrheit

Außerdem wurde der Vorstandsmehrheit vorgeworfen, die Arbeit aller Projektbereiche und Fachkonferenzen behindert und z. T. sabotiert zu haben, in denen Spartakus und SHB-MF keine Mehrheit besaßen. (Z. B. Aufbau einer Gegenfachkonferenz der Math.-Nat.-Fächer gegen den von der MV eingerichteten Projektbereich Technologie).

Die sozialistische Fraktion des SHB war auf Grund der in diesen Diskussionen noch einmal dargelegten grundsätzlichen Kritik und Ablehnung der Politik der Vorstandsmehrheit nicht bereit, die Vorstandsmitglieder des Spartakus und des SHB-MF politisch zu entlasten und stimmte deshalb mit der Mehrheit der Delegierten für ihre Nichtentlastung.

Diskussion der Aktionsprogramme bzw. der Hauptresolution

Nachdem sich bei der Diskussion um den Vorstandsbericht gezeigt hatte, welche konträren Positionen von den politischen Gruppen vertreten wurden, ging es nun darum, die weitere Politik des VDS grundsätzlich festzulegen. Hierzu lagen drei Anträge vor:

- Entwurf eines Aktionsprogramms für den VDS, vorgelegt vom SHB/SF,
- die Hauptresolution mit anhängendem Aktionsprogramm, vorgelegt von MSB/Spartakus und SHB,
- das Minimalprogramm, vorgelegt von den ASten der Unis München, Würzburg, Regensburg u. a.

Position des SHB/SF

Der SHB/SF ging bei der Abfassung und Vorlage seines Entwurfs für ein Aktionsprogramm davon aus, 1. daß es bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im VDS blanker Unsinn ist zu versuchen, dem VDS als VDS für seine konkrete Politik eine einheitliche, von allen oder auch nur von der Mehrheit gebilligte theoretische Grundlage zu geben.

2. daß der VDS formal der Dachverband der westdeutschen Studentenschaften, inhaltlich, d. h. von seiner politischen Aussage her eine Bündnisorganisation ist, deren Politik über die sozialistischen Gruppen die in übergroßer Mehrheit die Organe der verfaßten Studentenschaften besetzt haben, formuliert wird.

Aus der Tatsache, daß in den meisten ASten Sozialisten die Politik bestimmen, diese Politik allerdings höchst unterschiedlich ist und ein Spektrum von reformistischen bis linkssektiererischen Ansätzen aufweist, ergeben sich Möglichkeiten und Grenzen der VDS-Politik in der gegenwärtigen historischen Situation.

Der VDS kann in dieser Phase der Entfaltung einer sozialistischen Bewegung an den Inhalten seiner Politik nichts anderes darstellen als eine Bündnisorganisation.

Diese beiden Aspekte hat der SHB / SF bei der Vorstellung seines Aktionsprogramms explizit herausgestellt. Es kam ihm nicht darauf an, seine Hochschulstrategie von der VDS - MV bestätigen oder ablehnen zu lassen. Es kam ihm darauf an, Aktionen

zu beschließen, die - freilich nach seiner Analyse der Situation an der Hochschule und der Perspektiven des studentischen Kampfes - eine Vereinheitlichung im Rahmen eines Bündnisses verschiedener politischer Gruppen unbedingt erforderlich machen.

Dies trifft insbesondere zu für den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und für die Kritik der bürgerlichen Einzelwissenschaften als zentrale Momente jeder sozialistischen Politik an den Hochschulen. Eben dies macht Bündnispolitik aus: nicht totale theoretische und praktische Vereinheitlichung, sondern Vereinheitlichung in bestimmten, umgrenzten praktischen Trägern. Das bedeutet natürlich nicht genereller Verzicht auf theoretische Auseinandersetzung, sondern schließt sie als permanente Auseinandersetzung um die richtige Linie immer mit ein. Die Praxis, die sich an dem Ziel zu orientieren hat, Intellektuelle zu Sozialisten zu machen, wird dabei entscheiden, welche Linie im Bündnis sich durchsetzt.

VDS als Kampfverband?

Dieses Konzept des SHB / SF, das Grundlage für die Diskussion konkreter Aktionen sein sollte, wurde von MSB- Spartakus und dem ihm nahestehenden Teil des SHB durch widersprüchliche Beiträge kritisiert. Einerseits warf man uns vor, wir wollten den VDS zum "sozialistischen Kampfverband" machen, andererseits, ihn zu einem "Diskussionsforum" für sozialistische Theorie verkommen lassen, ohne politische Praxis betreiben zu wollen. In den jüngsten Äußerungen scheinen sich die beiden Gruppen auf letztere Behauptung festgelegt zu haben.

Zum Vorwurf, den VDS zum "sozialistischen Kampfverband" machen zu wollen, ist lediglich zu bemerken, daß MSB/SHB-MF jeder Gruppe, die eine andere Funktionsbestimmung des VDS als sie versucht, diesen blödsinnigen Vorwurf macht.

Der VDS kämpft zwar - oder soll es zumindest - z. B. gegen Berufsverbote und die kapitalistische Bildungsreform nach unserer Vorstellung im Rahmen eines politischen Bündnisses.

Ein "sozialistischer Kampfverband" wäre er allerdings erst dann, wenn dieser Kampf auf der Grundlage einer einheitlichen oder zwangsvereinheitlichten theoretischen Begründung erfolgen würde.

Diese Behauptung ist also nichts als Demagogie und eine unverschämte Gleichsetzung der Bündnis-Konzeption des SHB / SF mit der Politik der SDS-Bankrotteure im VDS 1969!

SPARTAKUS und Co.: übelste bourgeoise Methoden im VDS

Der zweite Vorwurf ist ebenso haltlos. Der VDS ist für uns kein "Diskussionsforum". Allerdings finden innerhalb von Aktionsbündnissen und zu deren Begründung theoretische Auseinandersetzungen statt, die in der Tat Elemente der Weiterentwicklung sozialistischer Theorie und Praxis sind. Diese Auseinandersetzungen finden auch im VDS statt. Dies können nur solche Gruppen leugnen, deren theoretische Diskussion soweit auf den Hund gekommen ist, daß sie zum einen das Verhältnis von Theorie und Praxis nicht begreifen und zum anderen "theoretische" Diskussionen bloß als Mittel mit dem Ziel führen, ihre eigene Position zu legitimieren.

Die Ergebnisse sind Handwerkerlei und Dogmatismus. Beides kennzeichnet den MSB Spartakus und den SHB / Mehrheitsfraktion, der sich dem MSB ideologisch und praktisch verpflichtet fühlt.

Um keine Vorwürfe gegen den SHB / SF zu "belegen", müssen sich MSB und SHB / MF der übelsten bourgeoisen Methoden bedienen, die zeigen, daß sie den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus schon lange verlassen haben. Nur indem sie zwei oder drei Sätze aus der Funktionsbestimmung des VDS im Aktionsprogramm aus dem übrigen Kontext herausreißen, können sie überhaupt den Anschein erwecken, ihre Behauptungen seien richtig.

Fürwahr eine Methode, wie sie die bourgeoisen "Kritiker" sozialistischer Positionen nicht besser handhaben können!

Die Position von SHB·MF und MSB·Spartakus

MSB-Spartakus und SHB- Mehrheitsfraktion legten der VDS- MV eine " Hauptresolution " vor, die als umfassendes Programm konzipiert war. Sie stellte nicht nur ihre Begründung für ein zu verabschiedendes Aktionsprogramm dar, sondern sollte von den Delegierten zusammen mit dem angehängten Aktionsprogramm gebilligt werden.

Diese " Hauptresolution " basierte auf der Theorie des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus", des " anti-monopolistischen Kampfes " und der " wissenschaftlich-technischen Revolution ", alles Versatzstücke einer verkommenen Theorie, die von allen Gruppen außer MSB-Spartakus und SHB-Mehrheitsfraktion kritisiert werden.

Dennoch glaubten diese beiden Gruppen allen Ernstes, solche " Theoreme " könnten und müßten von dieser VDS- MV verabschiedet werden.

Um dies zu legitimieren, bedienten sie sich einiger Spitzfindigkeiten, die nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Die " gewerkschaftliche Orientierung ", deren "theoretische " Basis auf den drei oben genannten Versatzstücken beruht, wird als die einzig mögliche Politik für den VDS deklariert. Dabei wird der VDS in bunter Reihenfolge als " Massenorganisation " mit über 300 000 Mitgliedern, als " Dachverband der westdeutschen Studenten " und als "quasi-gewerkschaftliche (?) Organisation " hingestellt. Wer also die " gewerkschaftliche Orientierung " des VDS akzeptiert, muß notwendigerweise den ganzen spartakistischen Rahmen akzeptieren einschließlich der Klassen- " Analyse ", die eine Identität bzw. Parallelität der studentischen (!) Interessen mit denen der Arbeiterklasse behauptet.

Die Kritik an den Grundlagen und den Folgen der spartakistischen Politik der " gewerkschaftlichen Orientierung " wird in einem anderen Artikel in dieser Ausgabe geleistet.

Hier sollte lediglich herausgestellt werden, wie der Spartakus seine (falsche) Strategie zur Grundlage eines breiten Bündnisses im VDS machen will, sei es mit rhetorischen

Überbötungsversuchen oder auf administrative Weise. Wenn ihm beides nicht gelingt, bleibt ihm nur der Auszug. Indem er die Politik der " gewerkschaftlichen Orientierung " als die einzig mögliche Linie des VDS propagiert, mit der er den VDS zu einer gewerkschaftlichen oder wenigstens quasigewerkschaftlichen (?) Massenorganisation hochjubeln will - zusammen mit dem Teil des SHB, der als sein Anhängsel fungiert - , ist auch bereits der Kreis der Bündnispartner eingeschränkt auf solche Gruppen, die die " gewerkschaftliche Orientierung " als gleichsam selbstverständliche VDS- Linie akzeptieren.



So schreibt denn auch die SHB- Mehrheitsfraktion in ihrem " Bündnisangebot " (vom 9. 3. 1972) an die Sozialistische Fraktion: Mehrheitsfraktion und Sozialistische Fraktion sollten " gemeinsam dazu beitragen, den demokratischen Bündnischarakter (!) des VDS zu stärken und seine Bedeutung als gewerkschaftlich orientierte Dachorganisation der großen Mehrheit der Studenten in der BRD weiter zu erhöhen. "

Damit wird die Politik, die im VDS zu betreiben wäre, bereits als Verhandlungspunkt ausgeklammert ; sie wird als selbstverständlich erklärt.

Wirft man dem Spartakus und dem SHB-MF vor, unter dem neutralen Deckmantel " VDS " seine Politik als Bündnispolitik zu verkaufen so wird behauptet, dies sei in der Tat be-

reits ein Bündnis-konzept; die beiden Gruppen hätten eine andere Hochschulstrategie (so ein Spartakist aus Münster).

Das ist falsch. " Die marxistische Analyse der gesellschaftlichen Realität und Entwicklungsgesetze sowie die Bestimmung der Klassenlage der Intelligenz formulieren (!) für den SHB die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die Vertretung der (!) materiellen, sozialen und politischen Interessen der (!) Studenten. " (Vorbemerkung des BZR des SHB zum " Grundsatzprogramm des SHB ", Bonn 1972)

Dieses Zitat macht deutlich, worum es MSB- Spartakus und SHB-MF in ihrer VDS- Politik eigentlich geht :

Versteckt hinter dem Namen " VDS " eine Politik durchzusetzen, die, wenn sie mit ihren Organisationen verbunden wird, an den Hochschulen immer weniger eine Massenbasis erreicht.

An diesem Ziel änderte sich auch dann nichts, als der Spartakus einige verbale Zugeständnisse machte, die die Sozialistische Fraktion zur Zustimmung bewegen sollten.

In der Abstimmung wurden alle vorliegenden Programme, auch das Münchener " Minimalprogramm ", das über die Schwerpunkte der zukünftigen VDS- Politik nichts aussagte, nicht gebilligt. Daß dies geschehen konnte, lag z. T. auch an den Gruppen um NRF Heidelberg und KSB Göttingen, die im Rahmen der Debatte über die Programme zu keiner positiven Aussage fähig waren, die über die hohle Phrase " VDS als Instrument im demokratischen Massenkampf " hinausgekommen wäre.

links
Sozialistische Zeitung

Probestummern anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Bücher- & Papervertrieb

Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH
605 Offenbach 4, Postfach 591

Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, Erfahrungsberichte örtlicher und projektbezogener Aktivitäten etc.

Bücher- & Paperliste anfordern!

Diskussion der Anträge

Nachdem alle Aktionsprogramme abgelehnt waren, begann die Diskussion der vorliegenden Einzelanträge. Den größten Raum nahm dabei die Diskussion über die Anträge zum Abbau demokratischer Rechte in der BRD, besonders im Hochschulbereich, ein.

Ein dazu vorliegender Antrag des Spartakus-SHB/MF-Blocks wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil die MV nach intensiver Diskussion eindeutig feststellte, daß auf der Grundlage dieses Antrags nur eine Kampagne der Illusionsmacherei und kein illusionsloser und realistisch einzuschätzender Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte geführt werden könne. Angenommen wurde ein modifizierter Antrag des AstA Heidelberg, der auch von SHB/SF und den JuSo-Asten nach Änderungsanträgen unterstützt wurde.

Im Anschluß daran wurden die vorliegenden Anträge zum Hochschulrahmengesetz diskutiert. Der SHB/SF stellte dazu fest, daß keiner der beiden Anträge - von SHB/MF und AstA Heidelberg - in der vorliegenden Form eine richtige und ausreichende Bestimmung der Aufgaben des VDS im Kampf gegen das HRG leiste, daß jedoch der Heidelberger Antrag durchaus eine Diskussionsgrundlage darstelle, während der Antrag von SHB/MF zum wiederholten Male den reformistischen Charakter der SHB/MSB-Politik offenlege

und selbst hinter deren eigenen Positionen zurückfalle. So waren die zentralen Forderungen dieses Antrags die nach der Einführung der integrierten Gesamthochschule, nach wissenschaftlicher Ausbildung (völlig losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen...), nach Abbau des Numerus Clausus zur "Verwirklichung (!) der Chancengleichheit" und nach einer demokratischen Studienreform,

die von Hochschulen und Fachbereichen erarbeitet werden soll (s. hierzu auch die S. 14-16, "Spartakus und VDS").

Die Abstimmung über den Heidelberger Antrag sowie über die weitere politische Diskussion wurde jedoch von Spartakus und SHB/MF durch eine Geschäftsordnungsdebatte verhindert, in deren Verlauf sie vorschlugen, alle Anträge zu vertagen, die politische Diskussion zu beenden und nur noch den Haushalt zu verabschieden. Das Ziel war klar: nachdem diese beiden Gruppen in der Minderheit waren, versuchten sie alle Anträge und Wahlen zu verhindern, um damit den alten Vorstand und Zentralrat, in dem sie noch mehrheitlich vertreten waren, weiter im Amt zu belassen.

Demgegenüber vertrat die Sozialistische Fraktion die Position, daß die politisch wichtigsten Anträge (Bafög, SKV, Ausländerstudium, Verfaßte Studentenschaft) unbedingt verabschiedet werden sollten und anschließend ein neuer Zentralrat gewählt werden sollte, um damit eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit des VDS festzulegen. Nach stundenlanger GO-Debatte wurden dann die Anträge zum HRG vertagt und an den Zentralrat überwiesen. Nachdem anschließend Spartakus mit einem fast einstündigen Sermon zur verfaßten Studentenschaft deutlich machte, daß er eine politische Auseinandersetzung mit Fensterreden und ähnlichen Tricks verhindern würde, plädierten SHB/SF und die anderen sozialistischen Gruppen dafür, alle Anträge an den neu zu wählenden Zentralrat zu überweisen, und nach der Wahl des ZR zur Verabschiedung des Haushalts zu kommen. Der Antrag, der mit 186:161 Stimmen angenommen wurde, hätte die Möglichkeit eröffnet, eine durch die Mehrheit der Mitgliedsastern legitimierte Vertretung des VDS zu wählen. Diesen Vorschlag verhinderten Spartakus und

SHB/MF, indem sie "im Interesse des (Spartakus-)VDS" die MV mit theatralischen Auftritten verließen und damit beschlußunfähig machten.

Spartakus und SHB/MF haben sich mit ihrem Verhalten auf der 24. o. MV des VDS eindeutig und endgültig außerhalb des Prinzips der Solidarität zwischen Sozialisten gestellt und damit das letzte ihrer reformistischen Praxis anhaftende Merkmal sozialistischer Politik aufgegeben.

Als Resümee der 24. o. VDS-MV muß festgehalten werden, daß der Verlauf der MV und die Ergüsse des Spartakus schlaglichtartig die politische Funktion des Spartakus und seines Anhängsels als Ordnungsfaktor erhellt haben. Diese Tatsache und damit der Versuch zu verhindern, daß im VDS sozialistische Politik als Bündnispolitik betrieben wird, erklären auch die freundliche Haltung der bourgeoisen Presse gegenüber den wahren Liquidatoren des VDS.

Spartakus und SHB/MF bilden als linker Flügel der Bourgeoisie in der Tat keine Gefahr für den Kapitalismus in der BRD. Daß Spartakus und SHB/MF Lügen der bürgerlichen Presse, etwa die Behauptung, der SHB/SF sei gegen die Ostverträge zu Felde gezogen, wider besseres Wissen aufgreifen und gegen eine sozialistische Gruppierung wenden, zeigt nur den grenzenlosen Opportunismus, den sie betreiben, bloß um sich von den "Linkssektierern" abzugrenzen.

Alles dies wird die Sozialistische Fraktion im SHB auf den studentischen Versammlungen und teach-ins zur letzten VDS-MV darlegen. Dabei wird sie ausgehen von ihrer positiven Bestimmung der VDS-Politik für das kommende Jahr, wie sie von ihren Vertretern auf der MV dargelegt wurde.

Frankfurter Studentenzeitung

★ diskus

AUS DEM INHALT:
KLASSENLAGEN UND BERUFSPERSPEKTIVEN VON
SOZIALISTEN
ZUR FRAGE DER GEWALT IN DER GEGENWÄRTIGEN
LAGE Detlev Claussen, Oskar Negt
GASTARBEITER UND RESERVEARMEE Agnoli

Heft 2/72 erscheint Ende April

Spartakus und VDS

Spartakus und SHB/Mehrheitsfraktion (SHB/MF) traten auf der MV auf als einheitlicher Block ohne die geringsten erkennbaren theoretischen und strategischen Unterschiede. Dieser Eindruck bestätigt sich bei Lektüre sonstiger Publikationen beider Gruppen. Mittelpunkt der auf der MV vorgelegten gemeinsamen Hauptresolution und der Einzelanträge bildet die Strategie der "gewerkschaftlichen Orientierung", die a) als einzig mögliche Form sozialistischer Hochschulpolitik und b) als Bündnispolitik verstanden wird.

Im folgenden soll aufgezeigt werden, daß die Strategie der "gewerkschaftlichen Orientierung" nicht, wie von Spartakus vorgegaukelt, der Ausdruck eines "breiten Bündnisses" ist, sondern eine originär spartakistische Strategie. Diese Strategie ist nicht das Ergebnis einer Aktionseinheit im VDS, sondern eine Fusion von Spartakus und des von ihm angeleiteten SHB-Teils im VDS.

Außerdem soll ansatzweise auf die Hauptfehler dieser Auffassungen eingegangen werden.

Allgemeine Bestimmungen sozialistischer Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen

Die Hochschule ist ein Bereich der kapitalistischen Gesellschaft. Die im Hochschulbereich auftretenden Widersprüche können nicht in diesem Bereich partiell überwunden werden, d.h. sozialistische Hochschulpolitik kann nur als spezifische Konkretion einer sozialistischen Strategie verstanden werden. Letztere wird jedoch nicht unabhängig von der Entwicklung der Klassenkämpfe durch bloße wissenschaftliche Erkenntnis gewonnen. Die momentane historische Phase ist gekennzeichnet durch das Fehlen einer starken Arbeiterbewegung in der BRD und die starke Zersplitterung der marxistischen Bewegung im Weltmaßstab, wodurch die Existenz verschiedener strategischer Ansätze ihre historische Berechtigung hat und auch erklärbar ist. Die Bestimmung sozialistischer Hochschulpolitik - "das Bündnis der Intelligenz mit der Arbeiterklasse herstellen" kann unter den aktuellen Bedingungen nur die Orientierung unserer Arbeit an der Hochschule angeben. Erst eine entwickelte Arbeiterbewegung kann Ansprüche und Forderungen an den Ausbildungsbereich formulieren, weil der "Standpunkt des Proletariats" erst in seinen Kämpfen real wird, und nicht das sein kann, was sich die sozialistische Intelligenz jeweils darunter vorstellt." Wir werden aber nicht wie andere die jeweilige Phase unserer theoretischen Diskussion für die allein richtige, revolutionäre erklären. Marxist sein bedeutet nämlich auch, den Marxismus auf die eigene Position anzuwenden, was konkret heißt, daß die historisch-materialistischen Bedingungen der eigenen Marxrezeption reflektiert werden müssen. Der aktu-

elle Stand der Klassenkämpfe in der BRD macht es unmöglich, einen "Standpunkt des Proletariats" schlicht festzustellen, da die reale Entwicklung - die selbstverständlich nicht als unbeeinflussbar ablaufend, sondern in bestimmten Grenzen als zu beschleunigende und aktualisierende begriffen wird - einen solchen Standpunkt hervorgebracht hat, d.h. nur auf einer sehr hohen Abstraktionsebene, die einfach unpraktisch bleiben muß. Als Konsequenz daraus folgt, daß die Diskussionen und Praxisansätze auf breiter Front vorangetrieben werden müssen, und zwar in der Erkenntnis, daß es nicht darum geht, eine vorgegebene "richtige" Position zu vermassen, sondern eben solche Positionen zu entwickeln, wie sie dem jeweiligen Stand der Klassenkämpfe entsprechen. Damit ist nicht gemeint, daß die theoretischen Differenzen unter den Teppich gekehrt werden sollen: eine solche Forderung wäre ebenso illusionär wie gefährlich.

Der SHB/SF geht vielmehr davon aus, daß es auf Grund der Entwicklungsphase, in der sich die sozialistische Bewegung befindet, mehrere Ansätze notwendig gibt, deren Richtigkeit sich im Prozess entfaltender Klassenkämpfe erweisen wird. Diese Linien sind sich einig im Antikapitalismus; zusammen bilden sie eine Front, die sich in Aktionsbündnissen aktualisiert, die die Funktion haben, die Entfaltung der Widersprüche in den jeweiligen sozialen Bereichen gemeinsam ein Stück voranzutreiben. Innerhalb dieser "Sozialistischen Front" muß allerdings die Diskussion über die verschiedenen Linien solidarisch geleistet werden."

Darstellung und Kritik der Spartakus-Position

Die richtige Bestimmung des Verhältnisses zwischen Kapital und Wissenschaft und somit der Funktion wissenschaftlicher Intelligenz in den verschiedenen Bereichen kapitalistischer Entwicklung ist die Voraussetzung jeglicher sozialistischer Politik an der Hochschule. Es wird nun im Weiteren aufzuzeigen sein, wie bei Spartakus die Frage des gesellschaftlichen Fortschritts, die Frage nach einer Wissenschaft im Dienste des Proletariats, die erst im Sozialismus real werden kann, zu einer produktivistischen Fortschrittstheorie (richtiger: Fortschrittsideologie) verkürzt wird, und wie von daher falsche Strategien und Forderungen entwickelt werden.

Als charakteristisches Merkmal der momentanen Epoche bezeichnet Spartakus die "Wissenschaftlich-Technische Revolution (WTR)", unter deren Bedingungen die Wissenschaft angeblich zu einer unmittelbaren Produktivkraft wird: "In allen Industriestaaten vollzieht sich die wissenschaftlich-technische Revolution".

Man redet davon, daß die Monopole die "WTR" bewältigen müssen, wobei der Einsatz von Wissenschaft in den "sozialistischen Ländern" im Interesse der Emanzipation und des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts geschieht währenddessen die Wissenschaft im Kapitalismus nur im Profitinteresse der Monopole eingesetzt wird. Dadurch verschärft sich laut Spartakus im weltweiten Maßstab die Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Es liegen jedoch mehrere grundsätzliche Fehler zugrunde. Es gibt im Kapitalismus für die Einbeziehung von Wissenschaft kein anderes Motiv als die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals. Die Verwissenschaftlichung der Produktion ist eine Form der relativen Mehrwertsteigerung, und die Grenzen der Anwendung von Wissenschaft sind ebenfalls durch den Verwertungszusammenhang gesetzt (Verwissenschaftlichung der Produktion ist verbunden mit einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, wodurch aufgrund des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate sich im Kapitalismus Grenzen für die weitere qualitative Veränderung des Produktionsprozesses und damit für eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte ergeben).

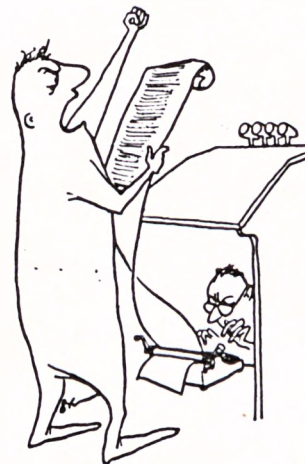
Auf die Monopole kommt keine "W.T.R." (abgeleitet aus dem Charakter der Epoche) von außen zu, die sie bewäl-

tigen müssen, sondern die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals selbst erfordern die Einbeziehung von Wissenschaft in die Produktion. Dabei entwickelt sich Wissenschaft nicht wie behauptet zur unmittelbaren Produktivkraft, sondern erst in dem Maße, wie sie in der Produktion angewandt wird, erhöht sie die Produktivkraft der menschlichen Arbeit. Diese Produktivkraft-Theorie von DKP und Spartakus hat ihren Ausgangspunkt wohl in den Verhältnissen des "realen Sozialismus" bzw. da aus der Analogie der Erscheinung bei der Entwicklung der Produktionsweise im Verhältnis von im Produktionsprozess vergegenständlichter Wissenschaft - der Maschine - und lebendiger Arbeit in Kapitalismus und "realem Sozialismus" nicht Kritik an dem "realen Sozialismus" der nachkapitalistischen Staaten folgen kann, folgt die Apologie. Die Wissenschaft tritt "neutralunabhängig" auf und wird nur verschieden bewältigt. Sie kann in ihrer vergegenständlichten Form, wie sie den Produzenten gegenüber tritt, nicht mehr das Produkt verschiedener gesellschaftlicher Entwicklung sein, weil sich die Formeln zu sehr ähneln.

Das Problem der allseitigen Entwicklung der Produktivkraft Mensch wird reduziert auf bloße Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die Tatsache, daß in den "sozialistischen Staaten" die Steigerung der Arbeitsproduktivität

von der stofflich-materiellen Seite genauso geschieht wie in Kapitalismus, daß die Aufhebung von Hand- u. Kopfarbeit überhaupt nicht mehr als Problem gesehen wird, sondern "im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" sich quasi von selbst lösen soll, findet ihren ideologischen Ausdruck in der These

von der neutralen "W.T.R.". Wir meinen, daß hier ein technizistisches Verständnis von Wissenschaft zugrunde liegt, daß von einer an sich neutralen Wissenschaft ausgeht, die je nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen für die einen oder anderen instrumentalisiert werden kann. Bürgerliche Wissenschaft ist jedoch als kapitalistisch formbestimmte generell Herrschaftswissenschaft. Das Proletariat kann sie nicht für sich



instrumentalisieren. Eine Wissenschaft im Dienste des Proletariats kann es erst im Sozialismus geben. Eine Kritik der bürgerlichen Wissenschaft oder der Komplexität kapitalistischer Bildungspolitik kann nicht durch Parolen wie "runter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung" geleistet werden. Im Gegenteil, solche Parolen sind außerordentlich gefährlich. Hier wird von der unterschiedlichen ökonomischen Funktion von Bildungs- und Rüstungsausgaben im Kapitalismus abstrahiert und der Eindruck erweckt, als könnten hier beliebige Umverteilungen stattfinden (Sozialstaatsillusion), für die man nur genügend demonstrieren müsse. Vor allem aber wird mit dieser Parole der Charakter der kapitalistischen Bildungsreform verschleiert. Durch mehr Geld läßt sich diese Reform nicht unfunctionalisieren, im Gegenteil, "mehr Geld für Bildung" heißt im Kapitalismus eine Effektivierung des kapitalistischen Ausbildungswesens. Der bürgerliche Charakter von Wissenschaft bleibt hier unangetastet. Jenen Charakter darzustellen, hieße aufzuzeigen, daß die Sphäre der geistigen Produktion im Kapitalismus notwendig von der materiellen Produktion losgelöst ist, den Produzenten entfremdet als etwas Selbständiges, quasi neutrales, Klassenunspezifisches gegenübertritt. Die Atomisierung in Einzelwissenschaften, die dem Träger der Einzelwissenschaft die Erkenntnis des Zusammenhangs verwehrt, muß als für den Kapitalismus konstitutives Moment erkannt und als Ausdruck kapitalistischer Arbeitsteilung kritisiert werden.

'Neutrale Wissenschaft'

Indem sich Spartakus zum Vorreiter einer besseren technokratischen Hochschulreform macht, ist er dem Schein einer "neutralen Wissenschaft" aufgesessen, wie ihn der Kapitalismus selbst produziert. So fordert er z. B. in dem zur VDS-NV vorgelegten Antrag zum HRG: "Für alle Studenten eine wissenschaftliche Ausbildung. .. Alle Studiengänge müssen ein wissenschaftlich fundiertes problem- und projektorientiertes Studium ermöglichen und eine möglichst hohe Qualifikation der Studenten anstreben." Oder an anderer Stelle fordert er: "Die Chancengleichheit und einen gleichrangigen Zugang an die Hochschule für alle Bevölkerungsschichten." Das ganze gipfelt dann in der Forderung: "Der VDS setzt sich insbesondere dafür ein, daß die offen reaktionären Kräfte bei der Verabschiedung des HRG nicht die Oberhand gewinnen werden."

(Nachdem also die von der DKP geführten fortschrittlichen Menschen über ihren massenhaften Protest doch nicht "die Oberhand gewinnen" konnten, sollen dann wenigstens die nur "versteckt reaktionären Kräfte" die "offen reaktionären Kräfte" niederhalten!?)

Mit ihrem Anknüpfen an der Reformbedürftigkeit des BRD-Bildungswesens und ihrer isolierten Stellung sind diese Forderungen für eine sozialistische Hochschulpolitik nicht nur ungeeignet, sondern gefährlich.

'Demokratische Studienreform'

Das ganze ist, entsprechend dem Wissenschaftsverständnis von Spartakus, ein Gemisch aus technisch-reformistischen und illusionären Forderungen. So fordert Spartakus im selben Antrag: "...daß die demokratische

Studienreform von Hochschulen und Fachbereichen erarbeitet und durchgeführt wird ... " Die Erklärung was "demokratische Studienreform und demokratische Studieninhalte" eigentlich sind, ist uns Spartakus bis heute schuldig geblieben. Ist damit gemeint, was er an anderer Stelle fordert, und was als Leitlinie auch richtig ist: "Eine Ausbildung im Interesse der Werktätigen und der Auszubildenden" (Sind die Interessen aller Auszubildenden, z. B. eines Medizinstudenten und eines Lehrlings, von vornherein schlicht qua Ausbildungssituation identisch?), dann ist klar, und das muß auch gesagt werden, wenn man keine Illusionen verbreiten will, daß dies erst im Sozialismus möglich ist. Die Durchführung der "demokratischen Studienreform" stellt Spartakus jedoch als aktuelle Kampfaufgabe auf im Zusammenhang mit der Verabschiedung des HRG. Hier wird die Sache nun völlig diffus, und Spartakus zieht sich mit dem Begriff "demokratisch" aus der Schlinge der in dieser Allgemeinheit ebenfalls so diffus ist, daß sich jeder darunter vorstellen kann, was er will. Zu der zentralen Spartakusforderung nach "möglichst hoher Qualifikation" wäre zu sagen, daß man sie erstens nicht so isoliert stellen kann, weil sie sonst ständisch-borniert allein studentische Privilegien vor einer sich ständig wandelnden kapitalistischen Realität schützen will und so den Schleier der Illusion über diese Realität breitet. Zweitens darf sie nicht wie bei Spartakus mit dem Zusatz verbunden werden, daß dadurch die Arbeitsplatzsicherheit erhöht würde. Qualifikation über das hinaus, was vom Produktionsprozess gefordert wird, bedeutet im Kapitalismus nicht-verwertbares Wissen, wodurch folglich kein Zusammen-

hang zur Arbeitsplatzsicherheit besteht. In der Forderung nach einer "wissenschaftlichen Ausbildung" kommt jenes neutrale Wissenschaftsverständnis wieder zum Ausdruck. Wenn er auf Seite 5 des o. g. Antrages dem Kapital eine "kommerzielle Einstellung zur Wissenschaft" vorwirft, werden die leisen Zweifel an den analytischen Fähigkeiten des "Marxistischen" Studentenbundes Spartakus und dem politischen Führungsanspruch dieser Kommunisten unüberhörbar.

Reformideologie des Spartakus

Die Spartakusforderungen setzen an dem Widerspruch an zwischen der vom bürgerlichen Staat propagierten Reform, die allemal eine kapitalistische ist; letztlich an dem, was als Absichtserklärung des "Ideellen Gesamtkapitalisten" Staat vorliegt, und was aufgrund der generellen Möglichkeit der Planung im Kapitalismus dann dabei herauskommt. Solche Forderungen bewegen sich völlig systemimmanent. Sie sind technokratisch-reformerische Forderungen, wie schon oben ausgeführt, und ein Propagieren der nächsten technokratischen Hochschulreform (Chancengleichheit, Hochschulreform, projekt- und berufsbezogenes Studium usw.)

Diese Forderungen treiben höchstens die Reformideologie einer sozialliberalen Regierung auf die Spitze und reflektieren nicht den integrativen Charakter solcher Forderungen, da weitere analytische und strategische Schritte fehlen, die die Funktion des Ansetzens an kapitalistischer Reformpropaganda für eine sozialistische Strategie verdeutlichen könnte. Ganz allgemein es aufgrund der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus generell keine Arbeitsplatzsicherheit, unabhängig von der Qualifikation des einzelnen (man denke nur an den hohen Prozentsatz hochqualifizierter arbeitsloser Wissenschaftler in den USA). Diese Spartakusforderung ist nicht weit von der Nürnberger "Bundesanstalt für Arbeit" entfernt, die das Problem der Arbeitsplatzsicherheit reduziert auf die persönliche Qualifikation, die halt immer wieder dann, wenn aus scheinbar naturnotwendigen Gründen die vorfindliche Qualifikation doch irgendwann nicht mehr ausreicht durch Umschulung (wenn es sich noch "lohnt") wieder aufgepöppelt wird.

Wir wollen hier keiner Konzeption nach dem Motto "alles oder nichts" das Wort reden. Natürlich kämpfen wir für Verbesserung der sozialen Situation

der Studenten, für marxistische Hochschullehrer (siehe Forderung nach Lehreinheit politische Ökonomie bei den WiWis), und wir versuchen alternative Studiengänge, dort wo es möglich ist durchzusetzen. Allerdings gehen wir immer davon aus, daß die Institutionalisierung alternativer Studiengänge nur partiell möglich sein wird, und über längere Zeit wahrscheinlich nicht zu halten ist (siehe BRG), und daß wir selbst bei der Durchsetzung unserer Forderungen den generellen Charakter bürgerlicher Wissenschaft (wie oben beschrieben) dabei nicht in Frage gestellt haben. Eine Instrumentalisierung der bürgerlichen Wissenschaftsinstitutionen halten wir als Strategie für illusionär. Von daher ist der Kampf, ansetzend an Form und Inhalt des bürgerlichen Studiums nicht illusionär darauf gerichtet, über schrittweises Zurückdrängen von Verhältnissen diese Verhältnisse an der Hochschule zu beseitigen, sondern darauf, in der Auseinandersetzung mit bürgerlicher Wissenschaft für die Studenten das Bewußtsein über ihre spätere objektive Lage als lohnabhängige Intelligenz voranzutreiben. Denn aufgrund der zunehmenden, notwendig kapitalistisch formbestimmten Vergesellschaftung der Arbeit wird der Arbeitsprozess auch für die wissenschaftliche Intelligenz immer mehr vereinseitigt. Dem entspricht ebenso vereinseitigte Ausbildung, die auf eine solche Tätigkeit vorbereiten soll. Methode und Inhalt bilden als Qualifikation für die spätere Stellung die Verbindung zwischen der späteren sozialen Lage und der Situation als Student, wo eben gerade über diese Ausbildung die Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gelegt wird.

Nicht wie Spartakus dem Schein des Arbeitsmarktes aufsitzen (Forderung nach möglichst hoher Qualifikation), sondern eine Qualifikation fordern, die die Notwendigkeit einer Verwertung unter kapitalistischen Bedingungen einschließt. In dem Kampf gegen die kapitalistische Bildungsreform bürgerliche Aufsteigerillusion zerstören!

Gewerkschaftliche Orientierung und antimonopolistischer Kampf

Der vorhergehende Abschnitt sollte versuchen, den Zusammenhang zwischen dem falschen Wissenschaftsverständnis des Spartakus und seinen konkreten Parolen und Forderungen darzustellen.

Die im letzten Abschnitt kritisierten hochschulpolitischen Parolen der " gewerkschaftlichen Orientierung " werden nur verständlich, d. h. ihr Stellenwert wird deutlich, wenn sie in das Gesamtkonzept von DKP, Spartakus und SSB / Mehrheitsfraktion eingebaut werden. Eine umfassende Kritik ihrer theoretischen Auffassungen ist an dieser Stelle allerdings nicht möglich. Sie müßte primär den aus den " sozialistischen Ländern " importierten Monopol- und Staatsbegriff beleuchten. Weiterhin müßte der prinzipielle Zusammenhang zwischen den Legitimationsinteressen der " sozialistischen Länder " und jenen Theorien untersucht werden. In jener Konzeption wird die kapitalistische Entwicklung primär in Abhängigkeit mit der Systemkonkurrenz gesehen, bestimmt durch den Widerspruch zwischen Imperialismus und " Sozialismus ". Die aufgrund der Dynamik des Kapitals sich ergebenden veränderten Staatsfunktionen und Erscheinungsformen sollten mit dem Terminus " staatsmonopolistischer Kapitalismus " ausgedrückt werden, womit eine Verschmelzung von Staat und Monopol zu einer organischen Einheit gemeint ist, d. h. der Staat wird praktisch zum realen Gesamtkapitalisten. Unsere Kritik geht davon aus, daß der reale Gesamtkapitalist eine logische Unmöglichkeit ist, d. h. die Negation des Kapitalismus durch die Aufhebung der Konkurrenz von Einzelkapitalen bereits impliziert, und daß die Nichtidentität zwischen Staat und Gesellschaft notwendiges Resultat des Kapitalismus ist.

Eine umfassende Analyse des Spätkapitalismus, die die veränderten Erscheinungsformen systematisch auf den Begriff bringt, steht unserer Meinung nach noch aus.

Nun gerät die Spartakus- DKP Strategie zu ihrer eigenen Theorie in Widerspruch, als sie eben an diesen Staat Forderungen stellt, die mobilisierend wirken sollen, die aber zur Voraussetzung eben eine Autonomie des Staates haben. Die Forderungen nach Kürzung des Rüstungsetats und Besteuerung der Monopolprofite macht eben diesen Widerspruch von Theorie und praktischer Politik transparent. Dabei ist es das Ziel, und damit folgt man dann wieder der Theorie des Stamokav, den Staat den Monopolen zu entreißen. Der durch das Kapitalverhältnis gesetzte Klassengegensatz wird ersetzt durch den klassenanalytisch nicht hergeleiteten Gegensatz zwischen Monopolen und Volk. Die Mehrheit der Studenten wird zu diesen antimonopolistischen

Kräften gezählt, und da sie dann in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Monopolen stehen, ist der Kampf um materielle Interessen der Studenten apriori antikapitalistisch (antimonopolistisch), die Politik der " gewerkschaftlichen Orientierung " die Durchsetzung der eigenen Interessen. Hierbei wird der Unterschied zwischen einem Studenten, der sich in der Qualifikationsphase befindet, und dem Absolventen der Hochschule, der sich in der Phase der Vergegenständlichung seiner Qualifikation befindet, vollkommen verwischt. Die soziologische Struktur der Studentenschaft, das Begreifen des Studiums als Durchgangsphase in eine privilegierte Position machen die Vertretung der sozialen Interessen der Studenten nicht zu dem Ansatz für eine sozialistische Hochschulstrategie. Das würde bedeuten, der sozialen Demagogie der Rechten die der Linken entgegenzusetzen. Diese Strategie, die das Bündnis mit der Arbeiterklasse für die Masse der Studenten einseitig machen will, muß an den materiellen Interessen ansetzen und sie politisch weitertreiben, um die soziale Misere als kapitalistisch bedingte aufzeigen und die Einsicht in die prinzipielle Aufhebung dieser sozialen Probleme als erst im Sozialismus möglich fördern. Der Kampf um soziale Interessen der Studenten ist auch für uns integraler Bestandteil des Hochschulkampfes aber er hat primär flankierenden Charakter und prägt isoliert keine antikapitalistischen Züge.

Ziel der "gewerkschaftlichen Orientierung" soll es sein, durch Kampf um die sozialen und politischen Interessen der Studenten, letztere auf ihre spätere Arbeit im DGB-Gewerkschaften vorzubereiten. Hierbei bleibt uns Spartakus die Definition der politischen Interessen der Studentenschuldigen, es sei denn, er meint damit das Interesse an den bereits genannten diffusen demokratischen Lehrinhalten, als Leitfadendient die Parole: "Für Mitbestimmung gegen Rechts", wobei der Mitbestimmungstrauma nach Durchsetzung der Intentionen des BRG sowieso bald ausgeträumt sein wird. Auch wir halten die Arbeit von Hochschulabsolventen in den DGB-Gewerkschaften für sinnvoll, aber nur ein solcher Hochschulabsolvent ist fähig über den Rahmen bornierter ständischer Interessenvertretung hinauszukommen, der sich seiner objektiven Lage bewußt ist. Hierzu scheint uns die "gewerkschaftliche Orientierung" nicht beizutragen. Das Ansetzen an sozialen und direkt studienbezogenen Interessen der Studenten ist richtig. Dabei stehen zu blei-

ben, das Ganze zu einer Strategie zu erheben, der Illusion realer Veränderungen im Hochschulbereich den Vorrang zu geben vor der Intension aus Studenten Sozialisten zu machen, ist fatal.

Charakterisierung der Spartakus-Intentionen auf der 24. o. VDS-MV

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die "gewerkschaftliche Orientierung" des Spartakus von den übrigen Ideologemen seiner Politik nicht zu trennen ist:

"W.T.R., StaMoKap, antimonopolistisches Bündnis usw."

Nur aufgrund dieser Prämissen, die wir allerdings für falsch halten, ist diese Politik in sich logisch. Nun kann man aber Spartakus nicht vorwerfen, daß er Spartakus-Politik betreibt. In Zusammensetzung mit seiner VDS-Politik sind jedoch folgende Punkte bezeichnend:

- 1.) Spartakus bezeichnet Politik der "gewerkschaftlichen Orientierung" als einzig mögliche Form sozialistischer Hochschulpolitik, als die einzig mögliche Grundlage von vds-Politik.
- 2.) Auf der Grundlage dieser Strategie wird für den Spartakus (und in seinem Gefolge SHB-MF) der vds zur "quasi-gewerkschaftlichen Bündnisorganisation an den Hochschulen", in der alle Studenten zusammengeschlossen sind.

Die Konsequenzen aus diesen Bestimmungen sollen im folgenden kurz aufgezeigt werden.

1. Der Strategiefindungsprozeß ist für den "Marxistischen Studentenbund Spartakus" weitgehend abgeschlossen, und theoretische Reflektion dient nur noch zur Legitimation der bereits gegebenen richtigen Strategie. Im Zusammenhang der Diskussion auf der vds-MV führte dies dazu, daß jede alternative vds-Bestimmung als Liquidation des vds - weil unzulässige Funktionalisierung - diffamiert wurde. Weiter konnte Spartakus so den Gruppen, die der Diskussion unterschiedlicher strategischer Ansätze auch im Rahmen des vds einen Stellenwert geben wollten, nur vorwerfen, sie wollten aus dem vds eine "theoretische Quasselbude" machen. Spartakus stellt sich mit dieser Auffassung außerhalb der solidarischen Diskussion zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen.
2. Geradezu absurd, wenn nicht für die Existenz des vds gefährlich, ist die zweite Säule der MSB/SHB-MF.

Argumentation auf vds-MV, denn:

- a) Wird der Charakter des vds als freiwilliger Zusammenschluß westdeutscher Allgemeinen Studentenausschüsse (also von Zwangskörperschaften) völlig außer acht gelassen, und der vds zur "Massenorganisation der Studenten" erklärt, die die politische Linie von ca. 330 000 Studenten vertritt (qua "gewerkschaftliche Orientierung"), der diese vielen Studenten allerdings nicht zustimmen können, weil sie nicht über eine politische Willenserklärung vds-Mitglied werden, sondern von MSB per Mitgliedschaft in der jeweiligen verfaßten Studentenschaft dazu erklärt werden. Diese Auffassung arbeitet in ihrer Konsequenz den vds Liquidationsversuchen der Bourgeoisie in die Hände.
- b) die vds-Politik des letzten Jahres belegt, daß diese Haltung von MSB und von SHB-MF die für jede Sozialistische Politik aktuell notwendigen breiten Aktionsbündnisse unmöglich machte: Die "gewerkschaftliche Orientierung" von Spartakus ist die Grundlage des Bündnisses, während andere Gruppen, die im Bündnis nicht die eigene Position aufgeben wollen und sich die Bedingungen des Aktionsbündnisses nicht von Spartakus vorschreiben lassen wollen, als Spalter verketzert werden.

Sektierer und Revisionisten

Diese Unfähigkeit zum Aktionsbündnis verschiedener Ansätze (das ist etwas anderes als die theoretische und praktische Fusion unter DKP-Führung z.B. MSB-SHB/MF) korrespondiert bei Spartakus mit einem umso lauterem Geschrei über die notwendige Einheit, weil doch auf Grund "des bedrohlichen Anwachsens der Rechtskräfte" doch auch der gemeinsame Kampf aller fortschrittlichen Kräfte gegen rechts notwendig sei. "Man muß sich durch das Geschrei nach "Einigkeit" nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter.... Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferen Gegensatz wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt oder bewußt verfälschen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler

und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier. Mit niemandem haben wir in unserem Leben mehr Last und Tücke gehabt als mit den Einigungsschreibern." (Engels an Bebel 20.6.1873, Marx/Engels Ausgewählte Briefe S. 337)

(Die Notwendigkeit, gegen reaktionäre Varianten bürgerlicher Herrschaft zu kämpfen, sich für günstigere Bedingung im Kampf um den Sozialismus einzusetzen, ist unbestritten. Der MSB verfällt aber in den ^{strategischen} Fehler, verschiedene Formen bürgerlicher Herrschaft gegeneinander auszuspielen und schürt so Illusionen über den Charakter bürgerlicher Herrschaft, die allemal die kapitalistische Entwicklung sichert.

Zudem verabsolutiert er einen integralen Bestandteil des Kampfs um den Sozialismus" (Für Mitbestimmung, Gegen Rechts") und weckt so Illusionen über die aktuellen Kampfmöglichkeiten. Außerdem ist mit dieser Programmatik für die DKP nur die Stärkung des von ihr anzuführenden "antimonopolistischen Bündnisses" intendiert

in einer historischen Phase, wo überhaupt erst der Weg zur Einheit der Arbeiterklasse gegangen werden muß, kann zu dieser Aufgabe so allerhöchstens partiell ein Beitrag geleistet werden.)

3. Auf der 24.o.vds-MV hat sich die Funktion eines vds, der vom MSB majorisiert wird, (ohne Rücksicht auf die Verhältnisse an einzelnen Unis) für die spartakistische Politik entlarvt:

Für Spartakus und seine aus dem "antimonopolistischen Kampf" abgeleitete Politik des "breiten demokratischen Bündnisse" ist das Verschieben des VDS notwendiger Bestandteil. Über dem VDS soll der Führungsanspruch des Spartakus quasi objektiviert werden.

"In der Praxis dient diese falsche Bestimmung dem Spartakus dazu, seine Linie, die von ZR oder Vorstand im vds durchgesetzt wird, den Studenten gegenüber ihre eigene Linie, die Linie der Studentenschaft auszugeben. Die politische Diskussion der verschiedenen

Povlja Dalmatien ab 635.-

Malerischer kleiner Ort auf der Insel Brač, der alles bietet, was man von einem Urlaub erwartet: Sonne, glasklares Wasser, schattige Pinienhaine, Unterhaltungsmöglichkeiten vom Tischtennis bis zum Hammelbratenessen, Ausflugsmöglichkeiten nach Split, Trogir, Makarska und Dubrovnik... und vor allem - Ruhe!

Termine: jeden Samstag, erster Hinflug 15.7., letzter Rückflug 30.9., bei Abflug 10.9. nur 2-Wochen-Buchung.

Kreuzfahrt ab 420.-

Die beste Möglichkeit, Erholung und "romantic adventures" miteinander zu verbinden: zwei Wochen lang kreuzen Sie mit einem Motorsegler vor der dalmatinischen Küste zwischen Sibonik und Dubrovnik. Es erwarten Sie täglich einige Stunden Fahrtzeit; in der restlichen können Sie dem totalen Individualismus fröhnen, tauchen, auf Deck in der Sonne grillen, zu pinienbestandenen Buchten schwimmen oder ... halt machen, was Sie wollen!

Termine: 15.7., 29.7., 12.8., 26.8., 9.9.

Studentischer Reise- und Informationsdienst GmbH Frankfurt am Main

Wir sind umgezogen von Jügelstraße 7
nach Bockenheimer Landstraße 140 b (3. Stock)
Telefon 06 11/70 11 51

Sprechstunden
Montag bis Freitag von 10.00 bis 12.30 Uhr
mittwochs und freitags von 17.00 bis 18.00 Uhr

Organisationen an den verschiedenen Hochschulen soll damit unterbunden werden, daß der VDS-Beschluß als verbindlich für alle Studentenschaften ausgegeben wird. Wer dennoch die politische Diskussion führt, wird als Spalter eines sonst einheitlichen Kampfes bezeichnet. Tatsächlich wird Spartakus damit selbst zum Spalter, indem er die administrative Durchsetzung anstrebt und die breite ideologische Auseinandersetzung, die Bedingung gemeinsamer einheitlicher Aktionen ist, zu sabotieren versucht. So hat etwa der ZR das VDS Aktionsprogramm und Parolen zum Kampf gegen das HRG am 1. Dezember und zur Kampagne gegen das Berufsverbot verabschiedet, die nicht von der Mehrheit der Stimmen in der MV getragen wurden. So veranstaltete Spartakus/SMB-MF an mehreren Hochschulorten der BRD "VDS"-Demonstrationen gegen das HRG, ohne die betroffenen ASten zur Vorbereitung hinzuzuziehen (so etwa in Kiel), mit dem alleinigen Zweck, die örtlichen Spartakus-Gruppen zu stärken. Gegen diese Politik, den VDS als scheinbar neutralen Deckmantel für die Politik einer Minderheitsfraktion im VDS zu benutzen, wandte sich die Mehrheit der Delegierten der 24. o.MV."

(Zitat aus dem Flugblatt des mehrheitlich vom SMB/ Sozialistische Fraktion getragenen Göttinger AStAs zur 24.o.MV.)

So mußte er sich dagegen wehren, daß die Mehrheit der letzten vds-MV aus dem vds eine wirkliche Bündnisorganisation machen wollte. So zog er es vor, den VDS durch Auszug praktisch lahmzulegen und sich Mehrheitsentscheidungen zu widersetzen.

"e"theoretische " Grundlage für eine solche Praxis ist die These 41 vom Düsseldorfer-Parteitag der DKP:

"Eine wichtige Aufgabe der ideologischen Arbeit sieht die DKP im Kampf gegen anarchistische und sektiererische Tendenzen, gegen den Trotzismus und Maoismus in der BRD... Die herrschenden Kreise (!) und ihre Ideologen benutzen die maoistischen, trotzkistischen und anarchistischen Strömungen, indem sie sie in die Strategie des Kampfes gegen die Arbeiterklasse, ihre Gewerkschaften, und ihre revolutionäre Partei (?) und den Sozialismus einzuordnen. Die DKP weist den Antikommunismus und Antisowjetismus der ultralinken Spaltergruppen entschieden zurück. Eine Zusammenarbeit mit den Führungskräften dieser Gruppen, die die Gewerkschaften und die DKP bekämpfen, die die Arbeiterklasse weiterspalteten wollen und mit der gesamten Reaktion den realen Sozialismus verleumdern, kann es nicht geben."

Darüberhinaus wird Spartakus durch seine Konzeption von

"breiten antimonopolistischen Bündnis" gezwungen, die Interessen jenes diffusen Bündnisses vor das Aufstellen von sozialistischen Forderungen zu stellen. Falls sich in diesem Bündnis auch Sozialisten und Kommunisten befinden, die sich von Spartakus keinen Maulkorb anlegen lassen, werden sie als Sektierer diffamiert, damit sie das breite Bündnis zwischen Sozialisten, Demokraten, Christen, fortschrittlichen Kräften und friedliebenden Menschen nicht stören. Es gibt genügend Beispiele, wo Spartakus aus dem Bündnis ausscherte und sämtliche andere Gruppen, die die Aktionseinheit fortsetzten, als Spalter beschimpfte.

Erst in diesem Zusammenhang bekommen Äußerungen der DKP, daß Linksektierer in Hannover bei der letzten Rote-Punkte-Aktion die Auseinandersetzung mit der Polizei provoziert (Also die Demonstranten, die sich für das Interesse der werktätigen Bevölkerung an billigem und adäquatem Nahverkehr einsetzen und deshalb von der Polizei brutal zusammengeprügelt worden, sind die Provokateure - nicht die organisierte Staatsgewalt und das kapitalistische System, das mit Lohnraub und Preistreiberi diese Auseinandersetzung auslöst, und dann jeden Widerstand brutal unterdrückt!) ihren richtigen Stellenwert: Sobald die DKP und sie unterstützende Gruppen in Aktionsbündnissen nicht die Führung haben oder die Konflikte so weit eskalieren, daß sie nicht mehr für den Parlamentarismus der DKP (Häuserbesetzungen als Hinweis an die Parlamente, doch die Wohnungsnot zu beseitigen - letzte Aktionen in Frankfurt) kanalisierbar sind, ist jedes Mittel der Diffamierung recht. Ein anderes Beispiel ist das Verhalten des Spartakus bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die Klausuren im Fachbereich WiWi an der Frankfurter Uni, wo die Mehrheit der betroffenen Studenten um ihre "materiellen Interessen" kämpfte und sich gegen die Repression durch verschärfte Prüfungen wehrte. Hier wurde die Schuld an den Ausschreitungen linken Studenten gegeben, die man als bezahlte Provokateure titulierte, was "übersieht", daß die Frankfurter Uniführung die Universität in eine Notstandsübung für die Polizei "unfunktionieren" ließ. An dieser Praxis erweist sich, wie die DKP und ihre nahestehende Gruppen die Voraussetzungen für eine Entfaltung der Arbeiterbewegung in der BRD (die von ihr selbst propagierte Solidarität, die Bereitschaft zum Aktionsbündnis u.a.) verletzen - DKP Spartakus haben sich aktuell in Theorie und Praxis zu einem Hemmnis für die sozialistische Bewegung in Westdeutschland entwickelt.

Solidarität mit Angela Davis!

In San Jose im US-Staat Kalifornien hat der Prozeß gegen die schwarze Revolutionärin und Kommunistin Angela Davis begonnen. Für die Befreiung von Angela Davis und allen politischen Gefangenen in den USA ruft das Angela Davis Solidaritätskomitee zu dem zentralen Kongreß am 3./4. Juni 1972 in Frankfurt am Main auf.

Der Fall Angela Davis ist ein Fall der politischen Verfolgung der radikalen schwarzen Opposition und der gesamten Linken in den USA: obwohl die amerikanische Verfassung Meinungsfreiheit garantiert, verlor Angela Davis wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ihre Professur an der Universität von Kalifornien; obwohl es für ihre Beteiligung an der versuchten Gefangenenbefreiung in San Rafael keine Anhaltspunkte gibt, wurde sie aufgrund eines kalifornischen Gesetzes, dessen Verfassungsmäßigkeit äußerst zweifelhaft ist, des Mordes und der Entführung angeklagt und auf die FBI-Liste der zehn meistgesuchten Personen gesetzt. Offenbar sollte Angela Davis bereits durch die Aufwendigkeit der Fahndung schuldig gesprochen werden, bevor es auch nur zu einem Prozeß kam.

Inzwischen wurde der schwarze Revolutionär George Jackson im Zuchthaus von San Quentin von einem Aufseher ermordet. Inzwischen wurde eine Reihe von Gefangenerebellionen gegen die unmenschlichen Zustände in den Haftanstalten der USA blutig niedergeschlagen; dabei fanden zuletzt in Attica im Staate New York

mindestens 40 Menschen den Tod. Inzwischen hat sich auch die Zahl der politischen Häftlinge in den USA drastisch erhöht.

Die Fälle Angela Davis, George Jackson und Attica sind Beispiele. Beispiele für die zentrale Rolle von Justiz und Strafvollzug bei der Unterdrückung jeder grundsätzlichen Opposition. Wer seinen Protest gegen das bestehende System nicht in die vorgeschriebenen wirkungslosen Kanäle lenkt, kommt vor Gericht und ins Gefängnis. Solche Praktiken greifen auf eine lange Tradition in der amerikanischen Geschichte zurück. Ihre Opfer reichen von den Gegnern der Sklaverei über die ersten Gewerkschaftsorganisatoren bis zu den italienischen Arbeitern Sacco und Vanzetti, die wegen ihrer politischen Überzeugung auf den elektrischen Stuhl kamen. „Dieser Mann ist moralisch schuldig, auch wenn er das ihm zugeschriebene Verbrechen nicht tatsächlich begangen hat, denn er ist ein Feind unserer bestehenden Institutionen“, urteilte Richter Thayer über Bartolomeo Vanzetti. Dieses Verdikt gilt auch heute für alle politischen Gefangenen in den USA.

Seit die radikale Bewegung der Schwarzen, Puertoricaner und Mexikaner an Umfang und Intensität zugenommen hat, werden die Justiz und ihr Strafvollzug zu den wichtigsten Waffen der Vertreter der bestehenden Ordnung, um den Status quo zu bewahren, um Krieg, Ausbeutung und Rassismus aufrechtzuerhalten. Das Verbrechen der politischen Häftlinge besteht

darin, daß sie eine antikapitalistische Alternative im Innern der amerikanischen Gesellschaft zu entwickeln suchen und daß sie bereit sind, für diese Alternative zu kämpfen. Diesen Mechanismus hat Angela Davis aufgezeigt. Deshalb wurde sie von allen Instanzen des Staates gejagt. Deshalb wurde sie 16 Monate in Haft gehalten. Deshalb wird ihr jetzt der Prozeß gemacht. Deshalb findet der Prozeß in San Jose statt, wo der Anteil der Schwarzen an der Bevölkerung nur 1,7% beträgt und wo bei einer Meinungsumfrage 64% der Bevölkerung von vornherein massive Vorurteile gegen Angela Davis äußerten.

Der Prozeß gegen Angela Davis ist ein Prozeß gegen die schwarze Befreiungsbewegung und die amerikanische Linke. Der Prozeß gegen Angela Davis muß zu einem Prozeß gegen die Repression in den USA und eine Demonstration weltweiter Solidarität werden.

Der Solidaritätskongreß am Beispiel Angela Davis wird in einer öffentlichen Kundgebung und mit Arbeitsgruppen den Kampf der amerikanischen Opposition in den Vereinigten Staaten unterstützen und dessen politische Inhalte analysieren und bekanntmachen. Wir rufen auf zu vorbereitenden örtlichen Aktionen und Veranstaltungen und zur Teilnahme an dem Kongreß!

Frankfurt, 15. März 1972

Angela Davis Solidaritätskomitee

Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591